

allris-Nr.: Piraten/0038/15

zu TOP

Piraten Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Antrag für den Rat der Stadt Göttingen

Piraten Ratsfraktion
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen

Ansprechpartner:
Meinhart Ramaswamy
0551 / 400-3078

per E-mail: 29.10.2015

Göttingen, 29.10.2015

Antrag zur Ratssitzung am 13.11.2015 „Divestment für Göttingen“

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Verwaltung auf:

1. Eine vollständige Liste aller Investitionen der Stadt Göttingen in fossile Energieträger zu erstellen. Dazu gehören Aktien, Mischfonds, Unternehmensanleihen und sonstiges Kapital, das in Erdöl-, Erdgas- und Kohleunternehmen investiert ist.
2. Keine neuen Investitionen in fossile Brennstoffe mehr zu tätigen.
3. Ein Konzept mit Zeitplan auszuarbeiten und zum Beschluss vorzulegen, wie diese direkten und indirekten Investments innerhalb der nächsten 5 Jahre abgestoßen werden können.

Begründung

Die Stadt Göttingen will einen ambitionierten Klimaschutz betreiben und bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden.

Mit dem Masterplan 100% Klimaschutz, der 2014 vom Stadtrat beschlossen wurde, wurden bereits einige Maßnahmen und Strategien erarbeitet. Jedoch stecken weltweit noch viel Geld und Investitionen in fossilen Energien. Um jedoch auch einen langfristigen und überregionalen Wandel weg von fossilen Energieträgern zu gewährleisten, ist es nötig weltweit Investitionen in Unternehmen einzustellen, die im Besitz von Kohle-, Öl- und Gasreserven sind und damit Handel treiben.

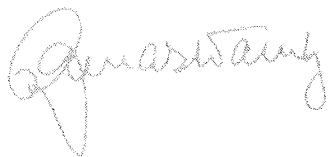
Um in Göttingen ganzheitlichen und konsequenten Klimaschutz zu betreiben, ist es nötig zu überprüfen, ob die Stadt in Unternehmen, die fossile Energieträger fördern, verarbeiten und vertreiben, investiert, um diese gegebenenfalls zu beenden und solche Investitionen auch zukünftig nicht mehr zu tätigen

Wenn wir die Erderwärmung auch nur auf unter 2° Celsius begrenzen wollen, darf der Großteil der fossilen Energiereserven wie Kohle, Öl und Gas nicht verbrannt werden. Alles andere würde eine Destabilisierung des Klimas mit katastrophalen Folgen für Mensch und Natur nach sich ziehen.

Die Divestment-Bewegung steht in Europa noch am Anfang. In den Niederlanden hat sich die Stadt Boxtel Ende 2013 als erste europäische Stadt verbindlich Divestment verschrieben.

Auch in Deutschland gibt es bereits Initiativen in unter anderem Berlin, Heidelberg, Münster und Freiburg.

Die globale Klimakampagne 350.org arbeitet mit Städten, Universitäten, Kirchen und anderen Institutionen in Europa, USA, Australien, Neuseeland, Kanada und Afrika zusammen, um gemeinsam gegen den Klimawandel und für eine lebenswerte Zukunft einzutreten.



Quellenangaben:

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)
<http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg3/>

Artikel zum Finanzrisiko Kohlenstoffblase in der Zeit:
<http://www.zeit.de/2014/08/carbon-bubble-rohstoff-blase>

Internationale Energieagentur. World Energy Outlook 2012:
<http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/German.pdf>

Smith School of Enterprise and Environment, Oxford. Stranded Assets Programme
<http://www.smithschool.ox.ac.uk/research/stranded-assets/>

HSBC, Coal and Carbon - Stranded assets: Assessing the risks
<https://www.research.hsbc.com/midas/Res/RDV?p=pdf&key=dXwE9bC8qs&n=333473.PDF>

<http://www.theguardian.com/environment/2013/apr/19/carbon-bubble-financial-crash-crisis>

Liste der Top 200 Kohle-, Erdöl-, Erdgasunternehmen weltweit:
<https://docs.google.com/a/350.org/spreadsheets/d/1an9qOSE2uG4XuzeA4ItUVadDawheTWdJGKRpU5ayCJk/pubhtml>

Eine Liste der Städte, Universitäten, Kirchen und anderer Institutionen die sich Divestment verschrieben haben: <http://gofossilfree.org/commitments/>

Katharina Jacobi
Büroleiterin

Änderungsantrag
für den Rat
am 13. November 2015

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.:+49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/im-stadtrat

Göttingen, 13. November 2015

Änderungsantrag zu TOP 13 der Ratssitzung **Divestment für Göttingen**

Der Rat möge beschließen:

die Verwaltung wird beauftragt, eine Anlagerichtlinie für Finanzanlagen der Stadt und der städtischen Gesellschaften vorzulegen, die unter Wahrung der haushaltsrechtlichen Grundlagen (Sicherheit, angemessener Ertrag, Sicherstellung der Liquidität) der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

Insbesondere soll sich die Anlagerichtlinie an den von der Stadt Münster im November 2015 verabschiedeten Mindeststandards orientieren:

- Keine Beteiligung an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Atomenergie erzeugen oder auf nichtnachhaltige und klimaschädliche Energien setzen,
- Keine Beteiligung an Unternehmen, die Schiefergasgewinnung (sog. Fracking) betreiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

